



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 17/3 (1990)

DOI: 10.11588/fr.1990.3.54304

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

contributions, particularly the wideranging labor reforms often associated with Hans Freiherr von Berlepsch, who headed the Ministry of Commerce in the Caprivi and (until 1896) Hohenlohe governments. Most historians have dismissed the »New Course« program as politically inconsequential, crippled from the start by bureaucratic intrigues, anti-Socialist paranoia, and the personal unpredictability of the Kaiser. This well-crafted study by a great-grandson of the »Minister of Social Reform« does not fundamentally challenge the conventional view. It does, however, offer one of the most comprehensive analyses to date of domestic policy-making in the early Wilhelmine era, and in so doing it adds substantially to our knowledge of a period that is fast becoming one of the most fertile fields in German historiography.

As his title implies, Berlepsch regards the social legislation of the early 1890s as the raw material for a genuine and potentially far-reaching reorientation of official policy toward the working classes, one that proposed to replace repression (the Anti-Socialist Law) with integration (labor arbitration, trade-union rights) and supplement passive compensation (social insurance) with active intervention (health and safety protection, wage-and-hour norms, labor statistics). If the new approach fell short of its ambitious aims, he argues, the fault lay less with the policies themselves than with the manner in which they were implemented. In his view, the would-be architects of a new domestic course conceived of their task too exclusively in administrative terms – »sie bestritten, wenn man so will, den bürokratischen und nicht den politischen Weg der Sozialreform« (p. 434). By concentrating on the familiar routine of drafting laws, revising directives, and refining implementation procedures, they failed to exploit the latent popular consensus for change as an opportunity to nurture new political assumptions conducive to social reconciliation. As a result, despite an impressive array of specific legislative and administrative achievements, reform impulses became diluted and often rechanneled because of parliamentary maneuvering, the sheer complexity of many regulatory issues, and inconsistent enforcement by chronically overburdened and often politically vulnerable local officials. In the absence of effective countervailing forces, the pull of interest-group obstructionism and class antagonisms proved too strong to overcome; the »New Course« had become little more than an empty phrase by the time von Berlepsch resigned in 1896.

This is an exemplary monograph in all respects. Drawing upon a massive body of archival and published materials, Berlepsch provides a detailed and perceptive legislative history for each of the various components of the New Course program in turn. This organizational strategy serves to underscore his thesis about the weaknesses of a bureaucratic outlook that emphasized administrative procedure at the expense of political vision. It also entails some repetitiousness, to be sure, and often Berlepsch does not analyze Wilhelmine political culture directly so much as he observes it refracts across a host of specific technical issues. If his inquiry into missed opportunities has relevance for recent debates over the future of the welfare state, as he claims in passing at the outset, it also has considerable relevance for historians' ever-vigorous debate about the notion of a German »Sonderweg« since the nineteenth century. That Berlepsch does not address these issues except by implication detracts little from an accomplished and in many ways impressive work of scholarship.

David J. DIEPHOUSE, Grand Rapids, Michigan

James C. ALBISETTI, *Schooling German Girls and Women. Secondary and Higher Education in the Nineteenth Century*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1988, IX-327 S.

Bildung – eine Chance zur Emanzipation? Von der Frauenbewegung wurde dies stets angenommen. Und so ist es nicht verwunderlich, daß die Erforschung der Frauengeschichte

mit der Erforschung der Bildungsmöglichkeiten bzw. -verhinderungen von Mädchen/Frauen verknüpft ist. Zwangsläufig schon deshalb, weil sowohl eine personelle als auch inhaltliche Übereinstimmung zwischen Frauenbewegung und Mädchenbildungs- und Erziehungswesen bestand. Mit dem vorliegenden Band gibt James C. Albisetti den ersten zusammenhängenden Überblick der höheren Mädchenbildung im Deutschen Reich des 19. und beginnenden 20. Jh. Dabei versteht er es, die bisherige Ignoranz der (nicht nur) männlichen Historiker zu verdeutlichen, die der Mädchenbildung am ehesten noch in Fußnoten ihren Platz zuwiesen. Aber auch im Rahmen der Frauenforschung diagnostiziert Albisetti Mängel, hier würde wiederum die – unbestrittene – Diskriminierung überbetont. Beide Forschungszweige bedürften einer sachlichen Verbindung.

Der amerikanische Historiker hat eine Fülle an Fakten zusammengetragen, auch das bisher unberücksichtigte Quellenmaterial in den Archiven der ehemaligen DDR wurde von ihm aufgearbeitet. Dabei beschränkt er sich auf Quellen zum Bildungs- und Erziehungswesen der »höheren Töchter«. Wenn Albisetti in seinen ersten Kapiteln die ideologischen Voraussetzungen und Gegebenheiten des Mädchenschulwesens darstellt, wird die unüberschaubare Vielfalt an privaten Schulformen deutlich, die – im Gegensatz zu den Instituten für Jungen – keinerlei staatlicher Reglementierung unterlagen. Im Zeitraum von 1800–1870 setzte ein beachtlicher Anstieg an privaten und nun auch öffentlichen Töchterschulen ein. Ohne vorgeschriebene Stundenpläne und staatlich anerkannte Prüfungen hatte der »Zeitgeist« in Gestalt von Schulgründern/Innen und Eltern (Vätern?) erheblichen Einfluß auf die Lehrinhalte. Deren Beschränkung ergab sich auch als Abgrenzung zu negativen Frauenbildern: Weder sollte das »gelehrte Frauenzimmer« noch die »Salondame« aus den Bildungsinstituten entlassen werden, beide waren laut (männlicher) Zeitgenossen keineswegs auf ihrem »bestimmten« Weg. Latein und Griechisch wurden lange Zeit vom Stundenplan verbannt, alle Lehrpläne enthielten jedoch etliche Handarbeitsstunden zur Disziplinierung und Einübung weiblicher »Tugenden«. Der Rückgang der Anzahl dieser Stunden im genannten Zeitraum – Albisetti nennt Zahlen von über 10 Wochenstunden und einen späteren Rückgang auf 3 Stunden – ist ein Indiz für die veränderte Einschätzung von Mädchenbildung. Mit Zunahme der Schulen stieg auch die Zahl der Lehrerinnen, die in angegliederten Seminaren der höheren Töchterschulen ausgebildet wurden. Der Beruf der Lehrerin galt als Versorgungsmöglichkeit unversorgter Töchter des Bildungsbürgertums. In allen deutschen Staaten kam es zu Gesetzen, die nur unverheirateten Frauen das Unterrichten gestatteten. Die Bezahlung der Lehrerinnen war erheblich geringer als die der männlichen Kollegen, auch gab es keinerlei Altersversorgung. Diese Bedingungen führten 1869 zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins.

Zwischen 1865–1879 erkennt Albisetti eine deutliche Reformwelle. Aufgrund allgemeiner Liberalisierungstendenzen (z. B. Emanzipation der Juden) begann ein verstärktes Interesse an der Mädchenbildung. In der damaligen Diskussion wurden verschiedene Ansätze vertreten: 1. Gleiche Bildung für Mädchen und Jungen (Vertreterin war u. a. Hedwig Dohm); 2. Ausrichtung der Mädchenbildung zur Befähigung als Mutter (Fröbel-Erziehung); 3. Bildung zum Zwecke der Versorgung, d. h. Ansätze zur beruflichen Bildung (Lette-Verein). Unter Bildungsminister Adalbert Falk begannen ab 1872 Konferenzen zur staatlichen Reglementierung aller Mädchenschulen. Eine weiterführende Bildungsmöglichkeit für Mädchen/Frauen ergab sich daraus jedoch nicht. Und mit der 1879 abgeschlossenen Verbannung der Frauen von allen deutschen Universitäten setzte eine Stagnation der positiven Entwicklungstendenzen ein. Erst 1887 begann aufgrund verschiedener Petitionen der Frauenbewegung die Diskussion erneut. Das Abitur und Frauenstudium wurde gefordert, es gab Debatten zur Lehrerinnenausbildung und Bestrebungen, diese dem männlichen Ausbildungswesen anzugleichen. Aus diesen Forderungen resultierten die begrenzten Reformen des preußischen Bildungsministeriums, die u. a. die Oberlehrerinnenprüfung gestatteten. (Albisetti vernachlässigt in diesem Zusammenhang übrigens keinesfalls die Differenzen der proletarischen und bürgerlichen Frauenbewegung,

und nennt auch die verstärkt einsetzende Forderung nach dem Frauenstimmrecht.) Zur selben Zeit gab es in einigen deutschen Staaten für Mädchen/Frauen die Möglichkeit, in privaten Vorbereitungskursen die externe Abiturprüfung zu machen. Bis 1905 erlangten 214 Mädchen/Frauen ihr Abitur. Zwischen 1899 und 1914 erlaubten alle deutschen Universitäten die Immatrikulation von Frauen. Und auch im Schulwesen griffen Reformen. 1908 wurden die Lyzeen eingerichtet, angelehnt an die Realschulen der Jungen. Sogenannte Frauenschulen (ohne Abiturabschluß) und Studienanstalten entstanden, deren Lehrpläne denen der Gymnasien, Realgymnasien oder Oberrealschulen angeglichen wurden. Nicht nur diese letzte Entwicklung schildert Albisetti ausführlich, anhand immer neuer Beispiele. Gleichzeitig geht er auf gesellschaftliche Widerstände ein, verdeutlicht die schwierige Situation einzelner Studentinnen.

Im abschließenden Kapitel erklärt Albisetti die geschilderten Bildungsreformen – die Möglichkeit des Abiturs für Mädchen und die Zulassung der Frauen zu den Universitäten – als den größten Erfolg der Frauenbewegung und Emanzipationsbestrebungen überhaupt. Mit dem Abschluß dieser Entwicklung sei auch der zeitweilige Vorsprung anderer europäischer Staaten vom Deutschen Kaiserreich aufgeholt worden.

Insgesamt hat Albisetti mit seiner fundierten Darstellung ein wichtiges Überblickswerk geschaffen. Die im Anhang gegebenen Hinweise auf Bibliographien erleichtern den weiteren Einstieg in die Frauengeschichte. Jetzt bleibt zu hoffen, daß die Ergebnisse in einen größeren Interpretationsrahmen gestellt werden. Denn eines bleibt gewiß: allein die Bildung macht noch keine Emanzipation.

Beatrix PIEZONKA, Stuttgart

Pierre FAVRE, *Naissances de la science politique en France 1870–1914*, Paris (Fayard) 1989, 331 S. (L'espace du politique).

Der Titel des Buchs ist ein ironisches Wortspiel. Er bezeichnet sowohl die Anfänge der Politikwissenschaft in Frankreich als eines eigenen epistemologischen Felds jenseits von Geschichtswissenschaft und Soziologie als auch die Geschichte der »Ecole libre des sciences politiques« (»Sciences-Po«) in Paris von ihrer Gründung 1871 bis zu ihrer Nationalisierung im Herbst 1945. Das deutet bereits die These an, unter der der Autor beide Themen untersucht und kritisch bilanziert: es geht um die Pionierrolle und um die jahrzehntelang bewahrte Monopolstellung in der französischen Politikwissenschaft, die von der »Sciences-Po« als jener Institution ausgeübt wurde, deren Doppelcharakter als Eliteausbildungs- und als Forschungsstätte im Rahmen der Wissenschaft von der Politik mit dem Hervorbringen eines Großteils der Politiker des Landes und einer vergleichsweise praxisnahen Reflexion über Politik mit zu den wichtigsten Faktoren der politischen und administrativen Kohärenz Frankreichs seit Beginn der Dritten Republik zählt, zugleich aber auch – wie der Autor vor allem darzulegen sucht – die Verselbständigung der Politikwissenschaft zu einer unabhängigen und theoriebe gründenden Sozialwissenschaft anders als in Deutschland, England und den USA bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verhinderte.

Pierre Favre ist Professor am Institut d'études politiques de Paris und Forschungsdirektor an der Fondation nationale des sciences politiques, zwei mit der Nationalisierung der »Sciences-Po« 1945 entstandenen Institutionen, und legt mit dieser Arbeit das Ergebnis einer mehr als ein Jahrzehnt dauernden, umfassenden Erforschung der Anfänge der Politikwissenschaft in Frankreich vor. Als eine sowohl institutions- als auch ideen- und wissenschaftsgeschichtliche Studie ist seine Arbeit beispielhaft gelungen und über den politikwissenschaftlichen Bereich hinaus streckenweise von einer solchen Reichhaltigkeit, daß sie als ein Fundus für die Erforschung aller Bereiche der kulturellen und intellektuellen Moderne der letzten Jahrzehnte des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jh. erscheint. Dabei aber folgt er einer